c/o Martin Krenn (KOO)
Schottenring 35/DG
A-1010 Wien
m.krenn@koo.at

An die
Parteivorsitzenden von ÖVP, SPÖ und NEOS

Wien, 16. Dezember 2024

Offener Brief: Bedeutung der Ergebnisse der UN-Klimakonferenz COP29 für die neue österreichische Bundesregierung

Sehr geehrter Regierungsverhandelnde!

Die 29. UN-Klimakonferenz in Baku, Aserbaidschan, hat Ende November 2024 wichtige Entscheidungen für einen globalen Weg in eine klimasichere und stabile Zukunft getroffen. Obwohl die Verhandlungen in vielen Bereichen hinter den Erwartungen zurückblieben, wurden dennoch zentrale Entscheidungen zur internationalen Klimafinanzierung getroffen, welche auch für Österreich von Bedeutung sind. Die Konferenz zeigte mit Blick auf die neuen nationalen Klimaziele (NDC) auch Lücken beim Klimaschutz auf, welche in den kommenden Jahren national und auf europäischer Ebene geschlossen werden müssen.

Die Allianz für Klimagerechtigkeit, eine Plattform von 26 österreichischen Umwelt-, Entwicklungs- und sozialen Organisationen, appelliert daher an die Koalitionsverhandler*innen, die folgenden Empfehlungen auf Basis der Ergebnisse der 29. UN-Klimakonferenz zu berücksichtigen.

Empfehlungen zur internationalen Klimafinanzierung durch Österreich

- Die Staatengemeinschaft hat auf der 29. UN-Klimakonferenz eine kollektive **Verdreifachung der internationalen Klimafinanzierung bis 2035** beschlossen (entspricht ca. 8% Steigerung pro Jahr). Daher muss Österreichs Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung nicht nur gesichert, sondern kontinuierlich ausgebaut werden.
- Die Zuschüsse innerhalb der internationalen Klimafinanzierung werden vor allem vom BMF, BMK sowie der Austrian Development Agency (ADA) bereitgestellt, welche ihre Aktivitäten untereinander stärker abstimmen sollten.
    - **BMF:** Beiträge für jene internationalen Finanzinstitutionen, welche ambitionierten und kohärente Klima-Investitionen tätigen, soll ausgebaut werden.
    - **BMK:** Das Budget von aktuell 90 Mio. EUR/Jahr für internationale Klimafinanzierung muss insbesondere aufgrund des internationalen Auftrags zur Verstärkung von Anpassungsmaßnahmen ausgebaut und verstärkt bilateral verwendet werden.
    - **ADA:** Ein verstärkter Fokus auf Klima-relevante Entwicklungsprojekte muss Hand in Hand mit einem Ausbau der finanziellen Mittel gehen und darf nicht auf Kosten anderer im EZA-Gesetz festgelegter Entwicklungsziele gehen.

- Die COP29 hat weiters den Beschluss gefasst, dass die Ausschüttung der zentralen **internationalen Klima-Fonds schon bis 2030 verdreifacht** werden soll. Dies betrifft insbesondere das Budget des BMK (UG43), welches im Jahr 2024 zu diesen Fonds in folgendem Ausmaß beigetragen hat:
    - Green Climate Fund: ca. 40 Mio. EUR
    - Adaptation Fund: 20 Mio. EUR (zugesagt 2023)
    - Fund for Responding to Loss and Damage: 25 Mio. EUR
    - Global Environmental Facility: 12 Mio. EUR (durch BMF)

  Eine Verdreifachung dieser Beiträge bis zum Jahr 2030 sollte daher im Bundesfinanzrahmen berücksichtig werden.

Empfehlungen zu Österreichs Beitrag zum globalen Klimaschutz

- Österreich soll sich für **Klimaneutralität 2040 und einem daraus abgeleiteten NDC für 2035 als ambitioniertes EU-Ziel** einsetzen, welches zeitgerecht vor der nächsten Klimakonferenz in Brasilien (COP 30) an die UN gemeldet wird. Die Vorschläge der EU-Kommission, die eine 90%ige Reduktion der Treibhausgas-Emissionen bis 2040 vorsehen, gehen nicht weit genug. Insbesondere ein klarer Ausstiegspfad aus fossilen Energien fehlt.
- Entsprechend dem Einsatz für ein ambitioniertes EU-Ziel bis 2040 soll die kommende Regierung **Klimaneutralität 2040 auch als klares Ziel für Österreich** setzen, inklusive der dazugehörigen Maßnahmen und Förderprogrammen.
- Budgetäres Einsparpotenzial gibt es insbesondere durch den **Abbau umweltschädlicher Subventionen**, wie er auch im Entwurf für den Nationalen Energie- und Klimaplan (NEKP), als notwendiger Bestandteil der Erreichung der EU-Mindestziele bis 2030 vorgesehen ist. Laut WIFO gibt es jährlich bis zu 5,7 Mrd. Euro an umweltschädlichen Subventionen allein in den Bereichen Verkehr und Energie, davon knapp 60 Prozent in rein nationaler Kompetenz. Das tatsächliche Volumen dürfte aufgrund fehlender Länder-Daten und unzureichend erfasster Bereiche sogar noch weit höher liegen.

Als Vertreter*innen eines breiten Spektrums an entwicklungs- und umweltpolitisch engagierten Organisationen fordern wir Sie auf, dass Sie Österreichs internationale Klimaverpflichtungen auch zum Wohle der Menschen in Österreich in den Koalitionsverhandlungen berücksichtigen und Ziele auf Basis diser Empfehlungen im Regierungsprogramm verankern.

Mit freundlichen Grüßen,

Die Steering Group der Allianz für Klimagerechtigkeit

Andrea Lichtenecker / Naturfreunde Internationale
Elke Kastner / Klimabündnis Österreich
Ilona Reindl / Globale Verantwortung
Johannes Wahlmüller / GLOBAL 2000
Karen Knipp-Rentrop / CARE
Maria Hammer / Südwind
Martina Neuwirth / VIDC
Martin Krenn / KOO
Moritz Nachtschatt / Protect our Winters
Reinhard Uhrig / WWF

Kontakt

Martin Krenn (KOO) – Sprecher der Allianz für Klimagerechtigkeit
m.krenn@koo.at, +43 676 769 8431

Die Mitglieder der Allianz für Klimagerechtigkeit www.klima-allianz.at

- Arche Noah
- ARGE Weltläden
- Ärzte und Ärztinnen für eine gesunde Umwelt
- CARE Österreich
- "die umweltberatung"
- Dreikönigsaktion – Hilfswerk der Katholischen Jungschar
- EU-Umweltbüro
- Freunde der Pilgrim-Schule
- GLOBAL 2000 / Friends of the Earth Austria
- GLOBALE VERANTWORTUNG – Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe
- HORIZONT3000
- Institut für Umwelt-Friede-Entwicklung (IUFE)
- Jane Goodall Institut – Austria
- Klimabündnis Österreich
- Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission (KOO)
- Naturfreunde Internationale
- ÖIE-Kärnten / Bündnis für Eine Welt
- ÖKOBÜRO – Koordinationsstelle österreichischer Umweltorganisationen
- Ökosoziales Forum
- Österreichisches Rotes Kreuz
- Protect Our Winters Austria
- SOL – Menschen für Solidarität, Ökologie und Lebensstil
- Südwind
- Umweltbeauftragte der katholischen und evangelischen Kirche Österreichs
- Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation (VIDC)
- Worldwide Fund for Nature (WWF) Österreich